

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR ZUKUNFT DER HESSISCHEN GIEßEREI-INDUSTRIE

Präambel

Die hessische Gießerei-Industrie ist ein wichtiger Teil des industriellen Fundaments unseres Landes. Sie steht seit Jahrzehnten für Innovationskraft, Wertschöpfung und ist Motor wirtschaftlicher Entwicklung und zugleich Basis qualifizierter Beschäftigung, tariflich geprägter Arbeitsplätze und starker industrieller Strukturen in den hessischen Regionen. Als Zulieferer für Maschinenbau, Anlagenbau, Automobilindustrie, Energie- und Infrastrukturtechnik sowie für sicherheitsrelevante Anwendungen leistet die hessische Gießerei-Industrie einen zentralen Beitrag zu einem starken, resilienten und technologisch souveränen Industriestandort.

In Hessen arbeiten rund 8.200 Beschäftigte an 13 Gießereistandorten. Weitere rund 8.000 Arbeitsplätze hängen in vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen direkt von der Branche ab. Nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist Hessen damit der drittgrößte Gießereistandort Deutschlands und steht für rund zwölf Prozent der Beschäftigten der deutschen Gießerei-Industrie. Mit der Fritz Winter Eisengießerei in Stadtallendorf beherbergt Hessen zudem die größte konzernunabhängige Eisengießerei Europas.

Die Gießereien sind damit Teil eines starken hessischen Industrieverbunds. Sie sichern Beschäftigung, Zulieferstrukturen, technisches Wissen und regionale Wertschöpfung. Ihre Zukunft ist deshalb nicht nur eine Frage einzelner Unternehmen, sondern eine Frage aktiver Industriepolitik, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Investitionen erleichtert, Innovationen voranbringt und attraktive Arbeitsplätze langfristig sichert und ausbaut.

Die hessische Gießerei-Industrie ist zugleich ein wichtiger Baustein der Kreislaufwirtschaft. Gussprodukte bestehen überwiegend aus Schrott und können nahezu unbegrenzt wiederverwertet werden. Damit verbindet die Branche industrielle Wertschöpfung mit Ressourceneffizienz und Klimaschutz.

Zugleich stehen auch die hessischen wie alle Gießereien und ihre Beschäftigten vor großen Herausforderungen. Seit 2018 hat die deutsche Gießerei-Industrie rund 35 Prozent ihrer Produktion und ein Viertel ihrer Arbeitsplätze verloren. Hohe Energie- und Standortkosten, geopolitischer Verwerfungen, eine schwache Konjunktur, zunehmende regulatorische Belastungen sowie wachsende und vielfach unfaire

internationale Konkurrenz setzen die Unternehmen und ihre Beschäftigten erheblich unter Druck.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hessischen Gießerei Dialogs sind sich einig: Die Branche braucht stärkere Unterstützung im Schulterschluss von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik, um Wettbewerbsfähigkeit, Transformation, Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung dauerhaft zu sichern.

1. International wettbewerbsfähige Energiekosten sicherstellen: Die Transformation der Gießerei-Industrie setzt erhebliche Investitionen in Elektrifizierung, Energieeffizienz und neue Produktionsverfahren voraus. Diese Investitionen werden nur erfolgen, wenn die Energiepreise international wettbewerbsfähig sind.

Notwendig sind deshalb:

- ein international wettbewerbsfähiger Industriestrompreis mit einem Zielwert von 5 Cent pro Kilowattstunde
- die Einbeziehung aller Gießereiparten in Strompreiskompensation und weitere Entlastungsinstrumente
- die Möglichkeit der Kumulierung von Strompreiskompensation und Industriestrompreis,
- ausreichende Netzanschlusskapazitäten und eine beschleunigte Bereitstellung industrieller Energieinfrastruktur.

2. Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit verlässlich gemeinsam sichern: Die hessischen Gießereien stehen zu den europäischen Klimaschutzzielen und investieren bereits heute in die Transformation ihrer Produktionsprozesse. Dieser Weg kann jedoch nur gelingen, wenn Klimaschutz nicht zur Verlagerung von Produktion, Wertschöpfung und Emissionen ins außereuropäische Ausland führt.

Mit großer Sorge sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die jüngst beschlossenen Anpassungen der Produktbenchmarks im Europäischen Emissionshandel für die Periode 2026 bis 2030. Die vorgesehenen Kürzungen führen für betroffene deutsche Eisengießereien zu zusätzlichen Belastungen in zweistelliger Millionenhöhe bereits ab 2026. Dadurch entstehen erhebliche Wettbewerbsnachteile, obwohl technische Alternativen und die erforderliche Energieinfrastruktur vielfach noch nicht zur Verfügung stehen.

Deshalb braucht es insbesondere:

- eine Korrektur unverhältnismäßiger Belastungen aus der aktuellen Benchmarkfestlegung für die Handelsperiode 2026-2030, unter Berücksichtigung aller Unterschiedlichkeit der betrieblichen Situation
- realistische Transformationspfade unter Berücksichtigung technischer, wirtschaftlicher und infrastruktureller Rahmenbedingungen,
- eine deutliche Stärkung des Carbon Leakage Schutzes in der BECV als Voraussetzung für die Verbindung von Klimaschutz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit, verlässliche Rahmenbedingungen, langfristige Planungssicherheit sowie zielgerichtete Unterstützung die Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung ermöglichen, ohne industrielle Wertschöpfung und zugleich dazu beizutragen, industrielle Wertschöpfung, Beschäftigungsperspektiven und Standortstrukturen in Hessen weiterzuentwickeln

- 3. Grenzausgleich wirksam ausgestalten:** Steigende CO₂-Kosten können nur dann dauerhaft akzeptiert werden, wenn gleichzeitig ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage gewährleistet wird. Unternehmen und Beschäftigte müssen darauf vertrauen können, dass Transformation nicht zu unfairen Wettbewerbsnachteilen führt.

Die gegenwärtig auf europäischer Ebene diskutierten Regelungen zur Ausweitung des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) erfassen jedoch nur einen kleinen Teil der gussintensiven Produkte und Komponenten. Damit droht eine Schiefelage: Europäische Gießereien tragen steigende CO₂-Kosten, während importierte Konkurrenzprodukte weiterhin ohne vergleichbare Belastungen auf den europäischen Markt gelangen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen sich deshalb aus für:

- die Aufnahme von Guss und gussintensiven Komponenten in den Anwendungsbereich des CBAM,
- einen wirksamen Schutz europäischer Wertschöpfungsketten vor Carbon Leakage,
- eine Ausgestaltung des Systems, die Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, industrielle Resilienz und Beschäftigung gleichermaßen stärkt,
- faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen, die in Europa produzieren, investieren und zu tragfähigen Beschäftigungsperspektiven beitragen sichern.

4. Industrielle Resilienz, Kreislaufwirtschaft und strategische Wertschöpfung stärken: Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen verdeutlichen die Bedeutung robuster industrieller Lieferketten in Europa. Dies gilt insbesondere für Bereiche mit hoher Relevanz für Energieversorgung, kritische Infrastruktur, Verteidigung- und Sicherheitsindustrie und Dual-Use-Anwendungen.

Die Gießerei-Industrie ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Wertschöpfungsketten. Ihr Erhalt und ihre Modernisierung sind daher nicht allein eine industriepolitische Aufgabe. Sie sind auch eine Frage von Resilienz, technologischer Souveränität und strategischer Handlungsfähigkeit.

Die Gießerei-Industrie trägt darüber hinaus wesentlich zur Versorgung der deutschen Industrie mit kreislauffähigen Werkstoffen und Komponenten bei. Durch den hohen Einsatz von Altmetallen, die Wiederverwertbarkeit von Gussprodukten und die Einbindung in industrielle Wertschöpfungsketten hilft sie, Rohstoffabhängigkeiten zu verringern und Stoffkreisläufe zu schließen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist damit nicht nur für industrielle Resilienz und Verteidigungsfähigkeit, sondern auch für das Gelingen der Kreislaufwirtschaft von zentraler Bedeutung.

Deshalb braucht es:

- eine stärkere Berücksichtigung der Gießerei-Industrie in industrie-, rohstoff- und sicherheitspolitischen Strategien von Bund und Ländern wie auch deutscher und europäischer Unternehmen,
- die Berücksichtigung der gesamten industriellen Wertschöpfungskette bei der Weiterentwicklung europäischer Leitmärkte und Beschaffungsinstrumente,
- wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion als Voraussetzung für wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft.
- eine resiliente Rohstoffversorgung aufzubauen, die Diversifizierung der Lieferketten voranzutreiben und den Rohstoffabbau in Europa und, Deutschland zu fördern
- European Content Vorgaben, wie sie im Industrial Accelerator Act gegenwärtig auf Europäischer Ebene diskutiert werden, sollten auch für Gießereien zugänglich gemacht werden.
- eine konsequente Diversifizierung von Rohstoff- und Lieferbeziehungen zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten und Erhöhung der Resilienz in der deutschen und europäischen Industrie.

5. Beschleunigung vorantreiben und Investitionen ermöglichen: Die Transformation der Gießerei-Industrie erfordert erhebliche Investitionen in klimafreundliche Produktionsverfahren, Energieeffizienz, Elektrifizierung und Kreislaufwirtschaft. Gleichzeitig binden wachsende Berichtspflichten, lange Genehmigungsverfahren und regulatorische Anforderungen Ressourcen, die für Investitionen und Innovationen benötigt werden.

Hessen hat mit dem Industriepaket bereits den Anspruch formuliert, Investitionen schneller, verlässlicher und praxistauglicher zu ermöglichen und dies mit konkreten gesetzlichen Maßnahmen unterlegt. Entscheidend ist eine Verwaltungspraxis, die industrielle Investitionen ermöglicht und zugleich öffentliche Schutzinteressen verlässlich wahrt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen sich deshalb aus für:

- eine konsequente Umsetzung europäischer Vorgaben ohne zusätzliche nationale Verschärfungen („Goldplating“),
- eine stärkere Berücksichtigung der industriellen Praxis bei der Überarbeitung der Industrieemissionsrichtlinie im Rahmen des europäischen Umwelt-Omnibus,
- eine Pausierung der nationalen Umsetzung der novellierten Industrieemissionsrichtlinie bis zum Abschluss dieser Überarbeitung,
- eine Fokussierung von Nachweis- und Berichtspflichten auf tatsächlich umweltrelevante Effekte,
- beschleunigte Genehmigungs- und Planungsverfahren für Investitionen in Dekarbonisierung, Energieinfrastruktur und Produktionsanlagen,
- eine gebündelte Verfahrensbegleitung bei größeren industriellen Investitionsprojekten,
- eine konsequente Nutzung bestehender rechtlicher Spielräume zur Beschleunigung von Genehmigungen.